



Ansprache beim Neujahrsempfang für die Laien
am 13. Januar 2009, 18:00 Uhr
Collegium Borromaeum

Sehr geehrte Frau Martin-Ehret,
werte Gäste,
meine Damen und Herren!

Wer derzeit am Freiburger Stadttheater vorbeikommt, der kann über dem Eingang in großen Buchstaben die Frage lesen: „*In welcher Zukunft wollen wir leben?*“ – Eine Frage, die es in sich hat. Sie drückt kurz und prägnant aus, was uns gerade am Beginn eines neuen Jahres besonders bewegt: Der Ausblick auf die Zukunft. Sie begleitet uns beim Start ins neue Jahr und auch bei unserem Neujahrsempfang, zu dem ich Sie von ganzem Herzen willkommen heiße. Ich freue mich und weiß es zu schätzen, dass Sie so zahlreich gekommen sind; dass Sie sich die Zeit nehmen, um vertrauten Menschen zu begegnen und neue kennen zu lernen, um uns auszutauschen und gemeinsam nach vorne zu schauen. Sie, verehrte Frau Martin-Ehret, haben uns mit Ihren Ausführungen anregende und beherzigenswerte Impulse gegeben, die es mehr als wert sind im Verlauf des Abends weiter bedacht und im Gespräch vertieft zu werden. Ich danke Ihnen sehr dafür. Haben uns doch im vergangenen Jahr die Finanzmarktkrise und die damit verbundenen Auswirkungen auf schmerzliche Weise spüren lassen, wie sehr wir gefordert sind, über den Tag hinaus zu denken, wie notwendig es ist, uns aufrichtig und offen der Frage zu stellen: „*In welcher Zukunft wollen wir leben?*“

Vor dieser Frage stand unser Land in besonderer Weise nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. Die Frauen und Männer, die im Parlamentarischen Rat saßen, waren sich – so unterschiedlich sie auch in vielerlei Hinsicht waren – ausnahmslos darüber einig, dass es nie wieder so kommen darf, wie es war. Sie hatten erleben müssen, dass sich dort, wo die Ehrfurcht vor Gott bewusst aufgekündigt wird, der diktatorische Zugriff auf den Menschen Bahn bricht. So hatten sie ein waches Gespür dafür, worauf es grundlegend ankommt, wenn sie in der Präambel unseres Grundgesetzes unmissverständlich formulierten: „*Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.*“ Wenn wir in diesem Jahr den 60. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes begehen dürfen, dann haben wir nicht nur allen Grund, dankbar zu sein; wir sind zugleich auch gefordert, uns selbst neu und vertieft unserer Verantwortung „*vor Gott und den Menschen*“ zu stellen und aus diesem Auftrag heraus Zukunft zu gestalten.

Wir leben heute in einer pluralen Gesellschaft, in der Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensentwürfen und auch verschiedenen religiösen Überzeugungen Tür an Tür wohnen. Bereits vor mehr als zehn Jahren erschien ein kleines, äußerst lesenswertes Buch mit dem tiefsinnigen Titel: „*Woran glaubt, wer nicht glaubt?*“ Es enthält einen öffentlichen Briefwechsel zwischen Carlo Kardinal Martini, dem emeritierten Erzbischof von Mailand, und Umberto Eco, der spätestens durch seinen Roman „Im Namen der Rose“ weltbekannt geworden war. Der Leser wird Zeuge, wie ein Christ und ein Nicht-Gläubiger aus unterschiedlichen Perspektiven der Frage nachgehen: Was macht unser Leben sinnvoll und reich? Was sind Werte, für die einzusetzen sich lohnt? Es geht letztlich um die Frage: Woran glauben wir Menschen, auch und gerade die, die auf den ersten Blick nicht glauben? Denn Glauben und Vertrauen bilden eine Grundkategorie unseres Menschseins. Wir können im Alltag nicht alles selbst nachprüfen und kontrollieren. Die Abgeordnete der GRÜNEN, Christa Nickels, hat einmal treffend formuliert: „*Wenn man sieht,*

was die Politiker den Wissenschaftlern alles glauben, dann sind die Teilnehmer an einer Marienprozession staubtrockene Realisten“.

Verehrte Damen und Herren!

Ja, Christen sind Realisten; Menschen, die unvoreingenommen die Entwicklungen in unserer Gesellschaft analysieren und sich ihrer Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen bewusst sind. Man braucht kein Zukunftsforscher zu sein, um zu erkennen, dass es heute mehr denn je die gemeinsame Anstrengung aller braucht, die grundlegende Werte leben und vermitteln, die – im weiten Sinn des Wortes – erziehen, bilden und ausbilden; es braucht das konstruktive Zusammenwirken von Elternhaus und Schule, von Medien, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Es braucht mehr Vorbilder als Vorschriften. Es braucht ein breites Bündnis für Werte. Denn die Frage nach den Werten ist die Frage nach dem, was eine Gesellschaft im Innersten zusammenhält. Ohne verbindliche und verbindende Werte driftet eine Gesellschaft früher oder später auseinander.

Allerdings wird schon bei einem flüchtigen Blick auf den Alltag deutlich: Was dem einen als gut oder wenigstens noch tolerabel erscheint, ist für einen anderen unerträglich oder gar der Anfang vom Ende. Gemeinsame, lange als selbstverständlich gehaltene Wertüberzeugungen driften auseinander und verlieren die breite Zustimmung. In diesem Zusammenhang ist oft gar von einem Werteverfall die Rede. Einer solchen pauschalen Verurteilung und pessimistischen Sicht möchte ich nicht folgen. Es gilt, einen differenzierteren und realistischen Blick einzunehmen. Zweifellos gibt es einen Wertewandel. Es stimmt, dass viele Zeitgenossen und gerade junge Leute heute so manche überkommenen Werte auf den Prüfstand stellen. Sie sind kritisch gegenüber Traditionen und finden sich nicht ab mit der einfachen Begründung: „*Weil es schon immer so war.*“ Wer immer nur von den guten alten Zeiten spricht, muss konsequent sein und sollte auch die Vorzüge des modernen Lebens beiseite legen müssen, sollte auf Errungenschaften wie Telefon, Zentralheizung, Medizin oder des Deutschen nach wie vor liebstes „Kind“, das Auto, gänzlich verzichten. Ja, es ist richtig: Viele fragen heute nach dem, was Spaß macht, suchen das Abenteuer und das, was angeblich der Selbstverwirklichung dient. Aber das ist eben nur die eine Seite. Viele Menschen, gerade auch junge, können selbstlos sein, einsatzbereit, wenn es um Hilfe und Solidarität geht, ob für die bedrohte Natur oder beim sozialen Einsatz für Menschen in Not. Beispiele gibt es zur Genüge – ich denke etwa an unsere Voluntarios und an all diejenigen, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft kälter und ärmer an Menschlichkeit. Dies öffentlich bewusst zu machen, kann gar nicht oft genug geschehen. Wenn im kommenden Mai zum dritten Mal nach 2001 und 2004 die „72-Stunden-Aktion“ des BDKJ startet, dann wird damit ganz besonders deutlich, wie engagiert, kreativ und ideenreich Jugendliche sind, wenn es um gelebte Solidarität geht. Dass diese Solidarität in der Botschaft des Evangeliums gründet und von Gottvertrauen getragen ist, kommt in dem Slogan der Aktion schön zum Ausdruck, wenn es heißt: „Uns schickt der Himmel“. Ich freue mich schon heute auf diese größte Sozialaktion Deutschlands, die Raum schafft für Entfaltung, die im anderen die Schwester und den Bruder im Glauben sieht und die weit in den Alltag hineinwirken will.

Werte Damen und Herren!

„*In welcher Zukunft wollen wir leben?*“ Diese Frage hängt aufs engste mit der gesellschaftlichen Situation der Familien zusammen. Das Thema „Familie“ hat derzeit auf der politischen Bühne Hochkonjunktur. Angesichts des demografischen Wandels verdankt sie ihren prominenten Platz vielfach den Herausforderungen, vor denen die Sozialen Sicherungssysteme und der Arbeitsmarkt stehen. Die neuen familienpolitischen Maßnahmen richten sich daher insbesondere auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Familienpolitik darf dabei aber nicht der Gefahr einer einseitigen Verzweckung und Funktionalisierung erliegen. Oft ist ja schon unse-

re Sprache verräterisch: Eine Politik, die primär an der „Marktfähigkeit“ des Menschen und am „Humankapital“ der Familien interessiert ist, wird den eigentlichen familiären Belangen nicht gerecht. Nur allzu leicht geraten so die wirkliche Handlungsfreiheit der Familien und das Kindeswohl aus dem Blick.

Dass gerade Familien vielerlei gesellschaftliche Benachteiligungen hinnehmen müssen, ja Kinder für manche Eltern nahezu ein Armutsrisiko darstellen, das ist im – nach wie vor – reichen Deutschland ein Skandal! Wenn wir dem nicht entgegenwirken, entziehen wir unserer Gesellschaft die Grundlagen. Die erste und wichtigste Botschaft der Familie an ein Kind lautet: „Du bist willkommen!“ – „Du bist geliebt!“ Und: „Du wirst leben können!“ In der Familie ist die erste Schule des Lebens, die die Kinder erfahren lässt, was es heißt, vor Gott und den Menschen Verantwortung zu übernehmen. Diese Ermutigung zum Leben durch die Familie ist ein unersetzlicher Beitrag zur menschlichen Entwicklung und damit für ein tragfähiges Wertefundament für Kinder. Willkommen zu sein und gebraucht zu werden, sind wichtige Türöffner zu einem gesunden Selbstbewusstsein und einem hoffnungsvollen Leben. Eltern packen – ob bewusst oder unbewusst – den Proviant für den Lebensrucksack ihrer Kinder, füllen ihn mit mehr oder weniger brauchbaren Lebens- und Grundwerten.

Deshalb ist und bleibt Erziehung Wert-Arbeit, Wertarbeit in doppelter Hinsicht: Sie ist wertvolle Arbeit für die Zukunft der Gesellschaft; und die Familie ist ein, wenn nicht der Ort, an dem Werte vermittelt und erlebt werden. Diese Aufgabe der Familie kann durch keinen Kindergarten, durch keine Schule, auch nicht durch eine Ganztagschule, je ersetzt werden; sie kann immer nur ergänzt werden. Denn die Familie ist und bleibt die grundlegende Keimzelle der Gesellschaft. Die Familie als die „*Schule der Humanität*“ (Familiaris consortio, 21) muss geschützt und gestärkt werden. Wir brauchen eine familienfreundliche und Familien fördernde Gesellschaft, die Rahmenbedingungen schafft, in denen die Familien ihre Aufgaben wahrnehmen können.

Ich weiß es daher dankbar zu schätzen, dass die Landessynode der Evangelischen Kirche in Baden und Mitglieder unseres Diözesanrates und unseres Pastoralrates das Thema „Familie“ in einem ökumenischen Studientag am 16. April vergangenen Jahres aufgegriffen haben. Daraus ist eine „gemeinsamen Erklärung zur Zukunft der Familien“ hervorgegangen, die in unsere Gesellschaft und in unsere kirchliche Arbeit hinein klar Position bezieht. Der Einsatz für Familien ist eine gemeinsame Aufgabe aller, die nicht nur über eine menschenfreundliche Zukunft reden, sondern sich tatkräftig dafür einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die zentrale Frage, wenn es um die Gestaltung von Werten und den Einsatz für eine tragfähige Gesellschaft geht, lautet: „*In welcher Zukunft wollen wir leben?*“ Es gilt, als Kirche und Gesellschaft, als Christ und Bürger in all dem Wandel und den Unsicherheiten anzupacken und Zukunft zu gestalten, ja so zu gestalten, dass auch kommende Generationen menschenwürdig leben können. Wir müssen uns immer wieder bewusst machen: Würde und Freiheit des Menschen, Menschenrechte, Toleranz, soziale Gerechtigkeit und Solidarität – diese hohen und friedentiftenden Werte, die Seele und das Herz menschlichen Lebens und Zusammenlebens, sind nicht selbstverständlich. Man hat sie nicht einfach. Der Blick in viele, ja sehr viele Länder unserer Erde zeigt: Diese Werte sind zerbrechlich, können verletzt, mit Füßen getreten und verspielt werden, wenn wir sie nicht achten und erhalten. Das müssen wir uns vor Augen halten.

Bei meinem Besuch in Brüssel Anfang Dezember vergangenen Jahres kam in nahezu allen Gesprächen mit den unterschiedlichen Verantwortungsträgern zur Sprache, dass mit Blick auf Europa meist nur geklagt wird, über das, was „die in Brüssel“ entscheiden und regeln. Sicher, es gibt eine Tendenz zur Überregulierung, wenn es etwa darum geht, ob eine Gurke gekrümmt sein darf oder nicht. Aber zu wenig kommt von dem an, was die Europäische Union uns an großartigen Errungenschaften, an Erleichterungen und Vorteilen gebracht hat. Wovon unsere Vorfahren noch nicht einmal zu träumen wagten, das wurde Wirklichkeit. Jedes Mal, wenn ich in Europa

unterwegs bin, erinnere ich mich an die Zeiten, in denen es schwierig war, die Grenzen zwischen den einzelnen Ländern zu überqueren. Lange Zeit war Europa in Ost und West gespalten. Inzwischen ist – Gott sei Dank! – nicht nur über den einstigen Schützengräben und Feindbildern Versöhnung gewachsen. Auch der Eiserne Vorhang ist den Brücken der Verständigung gewichen. Das zeigt eindrucksvoll: Aus Visionen können Wirklichkeiten werden! Aber es braucht Menschen, die sich dafür einsetzen, die wissen, in welcher Zukunft sie leben wollen.

Die Werte, die unser Zusammenleben in Europa prägen, sind die Früchte eines langen Ringens und Kämpfens, einer einmaligen Freiheitsgeschichte, für die wir trotz aller aktuellen Herausforderungen dankbar sein dürfen und die es zu schätzen gilt. Ihre tiefsten Wurzeln liegen in der biblischen, der jüdisch-christlichen Sicht des Menschen. Wer sich auf das Gedankenexperiment einlässt, sämtliche christlichen Spuren aus unserer Kultur zu tilgen, der wird sich schnell vor einem toten Gerippe oder einem seelenlosen Gehäuse wiederfinden. Das zeigt in besonderer Weise der Blick auf den hohen und zugleich auch fordernden Wert der christlichen Nächstenliebe, die auch den Fremden einschließt und besonders den Ärmsten im Blick hat. Ohne gelebte Solidarität landen wir schnell in einer egoistischen Ellenbogengesellschaft, in der nur noch das Recht des Stärkeren gilt, in der der Frost des Egoismus die Atmosphäre prägt. Deshalb braucht es solche Trainingslager der Solidarität wie unsere Gemeinden, all die Verbände, geistlichen Gemeinschaften, Gruppen und Kreise, die das Leben unserer Kirche tragen und gestalten, die sich zu Herzen nehmen, was Chiara Lubich, die im vergangenen Jahr verstorbene Gründerin der Fokolar-Bewegung, in den denkwürdigen Satz gefasst hat: *„Nehmen wir einmal an, es gäbe auf der ganzen Welt kein Exemplar der Heiligen Schrift mehr, dann müssten die Menschen an unserem Leben das Evangelium ablesen und neu schreiben können.“* Welch anschaulicher und zugleich anspruchsvoller Maßstab für unser tägliches Handeln!

Umso mehr weiß ich es zu schätzen, dass sich so viele Menschen in unserer weiten Erzdiözese ehrenamtlich engagieren und das Evangelium durch Wort und Tat bezeugen – ohne auf Zeit zu achten und nach Geld zu fragen. Es gilt eben nicht die schwäbische Weisheit: „Nix gsagt, is gnug gelobt“. Es ist mir gerade auch hier an dieser Stelle und zu Beginn des neuen Jahres ein Herzensanliegen, meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen. Ich hoffe und wünsche, dass mein Dank bei allen – und ich meine wirkliche allen – vor Ort auch ankommt. Wie viele sind es, die sich an ihrer Stelle mit den ihnen anvertrauten Fähigkeiten und Fertigkeiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten einbringen – ob in der Kinderbetreuung oder Jugendarbeit, ob im Seniorenkreis oder in der Bildungs- und Büchereiarbeit, ob im kirchenmusikalischen Bereich oder im diakonischen Dienst, ob jung oder alt, ob Frau oder Mann. Für sie alle gilt, was Ministerpräsident Günther Oettinger der Vorsitzenden unseres Diözesenrats, Frau Christel Ruppert, bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes, zu dem ich Ihnen, Frau Ruppert, nochmals sehr herzlich gratuliere, attestiert hat: *„Sie leisten täglich Ihren Beitrag dazu, dass es in unserer Gesellschaft nicht nur ein Nebeneinander, sondern ein Miteinander gibt.“* Nichts von all dem, was ich an tatkräftigem Glaubenszeugnis in unserer Erzdiözese erleben darf, ist selbstverständlich. Auch nicht die Bereitschaft, durch Kirchensteuer und Spenden das Engagement der Kirche zu unterstützen. Aber nur so ist es möglich, kirchliche Kindergärten und Schulen, Sozialstationen und Krankenhäuser zu unterhalten. Die Kirche ist für die Menschen da und das ist nur möglich, weil so viele etwas dazu beitragen und sich für eine lebenswerte Zukunft aus dem Geist Jesu Christi einsetzen.

Es kommt nicht von ungefähr und es hat unsere Mentalität tief geprägt, wenn wir von klein auf mit Menschen vertraut gemacht werden wie Sankt Martin, der den Mantel mit dem Bettler teilt, oder dem heiligen Bischof Nikolaus, der den Armen bringt, was sie brauchen. Dass uns der

Nächste und damit auch der Fremde, der Arme, der Hungernde etwas angehen, das gehört zum Kern des Christentums und somit zur Seele Europas und unserer Gesellschaft. Das ist eine Gesellschaft, für die auch in Zukunft einzusetzen sich lohnt, weil sie vom Nebeneinander zum Miteinander, ja, mehr noch, zum Füreinander führt.

In diesem Sinn will Kirche anstiften und helfen, nicht nur eine gute und wirksame Politik möglich zu machen, sondern auch eine gerechte Wirtschaftsordnung zu finden, in deren Zentrum der Mensch steht. Der Journalist Matthias Kamann wies zu Beginn der Finanzkrise auf etwas Entscheidendes hin, wenn er in einem Kommentar in der Tageszeitung „Die Welt“ schreibt: *„Der [christliche] Glaube gehört zu jenen Kräften, die Menschen darin bestärken, sich von überzogenen ökonomischen Erwartungen und Zwängen nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Das Christentum ist nicht antikapitalistisch, sondern gelassen gegenüber dem Kapitalismus, weil es nicht zu viel von ihm erwarten muss.“* Ja, der Glaube kann tatsächlich vor überzogenen Erwartungen und falschen Hoffnungen schützen!

Diese Überzeugung hält auch den Bund Katholischer Unternehmer seit sechzig Jahren zusammen. Davon haben Sie, werte Frau Martin-Ehret, gesprochen. Gewiss: die christliche Botschaft, und damit die Kirche, ist manchmal auch unbequem. Aber es ist unsere Aufgabe, die Frage nach Gott wach zu halten und uns für die von Gott geschenkte Würde des Menschen in all seinen Phasen einzusetzen. Diesem Anliegen dienen auch die christliche Soziallehre und die Soziale Marktwirtschaft. Sie tragen bei zur Freiheit und Eigenständigkeit der Menschen, indem sie ihnen helfen, Initiativekraft zu entfalten und auch für sich selbst zu sorgen. Mittelständische Unternehmen leben aus der Verbundenheit mit den Menschen und wissen um deren Wert. So ist gerade der Mittelstand in vielfältiger Weise, wie Sie, verehrte Frau Martin-Ehret, es formulierten, *„die tragende Säule unserer Wirtschaft“*. Dies verdient nicht nur Anerkennung; dafür sind wir Ihnen zu Dank verpflichtet. Dessen sind wir uns als Kirche bewusst. Darum treten wir auch für eine Soziale Marktwirtschaft ein. Bei allem geht es darum, zum Wohl der Menschen zusammenzuarbeiten.

Dem ehemaligen Bundestagspräsidenten und bekennenden Christen Hermann Ehlers wird in diesem Zusammenhang ein Wort zugeschrieben, das den Nagel auf den Kopf trifft: *„Der Staat lebt nicht nach den Weisungen der Kirche, aber von den Früchten ihrer geistlichen Existenz“*. Gerade in einer Zeit, in der so manche Entscheidungen mehr nach Haushaltslage und Stimmungsumfragen, denn aus einem tragenden Wertefundament gefällt zu werden scheinen, ist es von besonderer Dringlichkeit, uns unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen immer neu zu stellen. Viele beschäftigen sich zu wenig mit den großen Zielen und tragenden Säulen unseres demokratischen Staates und unserer freiheitlichen Gesellschaft, die weiter reichen als eine Legislaturperiode.

Ich bin der festen Überzeugung: Der Wettstreit unserer Parteien um bessere Ideen und wirksamere Konzepte, der sich im Superwahljahr 2009 noch verstärken wird, führt dann zu einem guten Ziel, wenn es eine gemeinsame Vision für die Zukunft gibt, in der wir leben wollen: die Sehnsucht nach einer Gesellschaft in Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit, die Sehnsucht nach ethischen Werten, getragen von der unantastbaren Würde des Menschen.

Verehrte Damen und Herren!

Der christliche Glaube bereichert unser Leben mit Werten, die den notwendigen Veränderungen und dem Wandel in Gesellschaft und Kirche nicht entgegenstehen, sondern helfen, sie zu bestehen. Denn Wandel und Veränderung brauchen notwendig Halt und Orientierung. Demokratie heißt ja: Jeder von uns steht in seiner Weise in Verantwortung für das Gemeinwohl und die Gesellschaft. Enttäuschungen und Schwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, uns ins Private zurückzuziehen. Unsere Gesellschaft lebt davon, dass wir Mitverantwortung übernehmen, für den

Aufbau einer Zukunft, in der wir leben wollen – und das bedeutet nicht zuletzt: auch zur Wahl gehen!

Diese Mitverantwortung fand in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts innerhalb der Kirche eine neue Form. Ende Januar jährt es sich zum 40. Mal, dass in unserer Erzdiözese die ersten Wahlen zum Pfarrgemeinderat stattfanden. Frauen und Männer der ersten Stunde wissen nur zu gut, welche einschneidenden Veränderungen und neue Erfahrungen damit in den Gemeinden verbunden waren. Es war anfangs nicht immer einfach, aber es war einfach gut und notwendig für die Kirche vor Ort. Wie alle politischen Gremien und Räte lebt auch der Pfarrgemeinderat davon, dass sich Menschen ganz unterschiedlicher Prägung und mit verschiedenen Berufen zusammensetzen und sich gemeinsam einbringen. Der Freiburger Schriftsteller und Theologe Alban Stolz, an dessen Denkmal viele, wenn nicht sogar die meisten von Ihnen heute Abend auf dem Weg hierher ins Collegium Borromaeum vorne an der Konviktskirche vorbeigegangen sind, hat dafür ein Bild aus der Musik verwendet, wenn er uns ans Herz legt, dass jeder zwar nach unterschiedlichen Noten, aber alle die gleiche Tonart spielen. Fällt jemand aus, so entsteht Disharmonie, umso mehr, wenn ein führendes Instrument abweicht. Der Komponist ist Gott, die Partitur die Heilige Schrift. Wir Menschen haben ein jeder seine eigenen Noten, je nach unserer eigenen Berufung. Je mehr wir unserer Berufung nachkommen, desto größer die Harmonie. Entscheidend ist, so hebt er eindringlich hervor: „Keiner arbeite für sich, sondern alle für das Ganze“. Diese glückliche Hand, dass jeder für das Ganze und der eine für den anderen arbeitet und sich im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen engagiert einbringt, das wünsche ich uns allen für das neue Jahr 2009.

Dr. Robert Zollitsch
Erzbischof von Freiburg